

Interpellation der SP-Fraktion (Sprecher Jürg Caflisch) vom 17. Januar 2012 betreffend Preisabsprachen von Aargauer Strassenbaufirmen

Text und Begründung:

Aufgrund einer Razzia bei 17 im Kanton Aargau tätigen Strassenbaufirmen hat die Wettbewerbskommission Bussen von insgesamt vier Millionen Schweizerfranken zu Lasten dieser Firmen ausgesprochen. Die Firmen sollen in rund 100 Fällen Preise für Strassenbauten abgesprochen haben. Betroffen waren öffentliche und private Bauausschreibungen.

In diesem Zusammenhang möchten wir dem Regierungsrat folgende Fragen stellen:

1. Wie hoch ist der Schaden durch die Preisabsprachen für den Kanton Aargau, resp. die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Kanton?
 2. Sind möglicherweise auch Bauprojekte im Hochbau oder in anderen Bereichen von Preisabsprachen betroffen? Hat der Kanton entsprechende Abklärungen vorgenommen?
 3. Sieht der Kanton Sanktionen gegen die betreffenden Firmen – je nach Schwere der Schuld – vor, z. B. Ausschluss von öffentlichen Submissionen auf begrenzte Zeit?
 4. Welche Schlussfolgerungen zieht der Kanton aus dieser Affäre? Sind weitere Kontrollmechanismen vorgesehen?
-